

SP fordert günstigen Wohnraum

USTER Zwei Wochen nach dem Nein zu «Ecoviva»: Die SP fordert mit einer Motion, dass die Stadt Uster sich zur Förderung preisgünstiger Wohnungen und Gewerberäume verpflichtet.

SP-Gemeinderat Marius Weder will mit einer Motion erreichen, dass sich die Stadt Uster für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils von preisgünstigen Wohnungen und Gewerberäumen einsetzt. Dementsprechend solle die Gemeindeordnung ergänzt werden. Als Begründung führt Weder an, dass die Stadt Uster in den nächsten Jahren weiter wachsen werde. Die Frage sei nicht ob, sondern wann die Zahl von 40'000 Einwohnern überschritten werde. Um einem hohen Preisanstieg entgegen zu wirken, müsse genügend preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden. Selbiges gelte für Gewerberäume.

Weder betont, dass seine Forderung nicht bedeute, dass der Stadtrat die Vorhaben von privaten Unternehmen diktieren oder unrentabel machen solle, auch müsse er nicht den Bau von Genossenschaftswohnungen erzwingen. Der Stadtrat könne aber, falls sinnvoll, bei Planungsverfahren Druck ausüben, sodass in den öffentlichen Gestaltungsplänen dem

Bedarf an preisgünstigem Wohnraum Rechnung getragen werde. Bei privaten Gestaltungsplänen könne der Stadtrat Abweichungen zur bestehenden Bau- und Zonenordnung genehmigen und im Gegenzug eine Quote für bezahlbare Wohnungen einfordern. «Manche Städte, wie zum Beispiel Zürich, handhaben es so», hält Weder fest. «Diese Verpflichtung ist dort in der Gemeindeordnung formuliert.» Weder sagt, es gehe ihm nicht darum, Sozialwohnungen zu schaffen, sondern Wohnungen für die Normalbevölkerung.

Anderer Meinung als Stadtrat

Dass der Ustermer Stadtrat meint, es gebe genug preisgünstigen Wohnraum, hält Weder für dessen subjektive Einschätzung. Der Stadtrat nehme nur eine Momentaufnahme wahr, die sich dynamisch verändere. Durch Zuwanderung komme es zu einer Verdichtung. Deswegen müsse der derzeitige Bestand an günstigem Wohnraum erhalten, wenn nicht erhöht werden – indem die Stadt beispielsweise den gemeinnützigen Wohnungsbau fördere. Ausserdem will Weder in der Gemeindeordnung festschreiben, dass genug Wohnraum für ältere Menschen geschaffen wird.

Als Erfolgskontrolle schlägt Weder vor, dass der Stadtrat alle vier Jahre dem Gemeinderat Re-

chenschaft darüber ablegen soll, inwieweit er die in der Gemeindeordnung festgeschriebenen Ziele erreicht habe.

Reaktion auf Abstimmung?

Sein Vorstoss ist laut Weder keine direkte Reaktion auf die Initiative «Ecoviva», die von den Ustermern am 24. September deutlich abgelehnt wurde. Bereits im Vorfeld hatte sich auch der Stadtrat gegen die Initiative ausgesprochen. Mit «Ecoviva» wollten die Grünen eine 10-Millionen-Stiftung gründen, die zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum hätte beitragen sollen. Die Stadt hätte damit direkt in den Wohnungsmarkt eingreifen können.

Weder will das Problem jedoch generell angehen. «Die vorgeschlagene Stiftung wäre realistisch gesehen ein finanzielles Wagnis gewesen», sagt er. «Dass es die Vorlage der Grünen schwer haben würde, war im Vorhinein klar.» Die SP hatte sich für das Begehren ausgesprochen, war bei der Wählermobilisierung jedoch nicht aktiv aufgetreten – laut Weder aus «Kapazitätsgründen». Die Grünen zeigten sich deswegen nach der Abstimmung enttäuscht. *Marko Stevic*

Die Motion wird voraussichtlich am 22. Januar 2018 im Gemeinderat behandelt.